



Entwicklungshilfe des Landes oder „Warum kein Gambier mit deutschem Geld Imker werden will“

Das Land Baden-Württemberg betreibt Entwicklungshilfe mit den Steuergeldern der Bürger. Insgesamt hat die Landesregierung alleine im Jahr 2018, verteilt über drei verschiedene Ministerien, 6,4 Millionen Euro in die ganze Welt verschenkt. Die Stiftung Entwicklungszusammenarbeit erhielt 2018 1,3 Millionen Euro. Schon im Jahre 2019 waren es 2,7 Millionen Euro. Für 2020 fehlen die Zahlen noch, da das Land bisher keine Haushaltsrechnung veröffentlicht hat.



Ein weiteres Projekt im Rahmen der Entwicklungshilfe war das Projekt „Bienen in Gambia“. Hierbei sollten 50.000 Euro pro Jahr ausgegeben werden, damit ausreisepflichtige Gambier zu Imkern ausgebildet werden. Kein einziger Gambier nahm dieses Angebot an, was ein Beispiel für den Misserfolg der Entwicklungshilfepolitik des Landes ist.

der Menschen mit Albinismus in Malawi“, „Jung, afrikanisch und träumend“, „Überschneidungen – Vorstellungen eines Reiseführers zu (post)kolonialen Orten in Baden-Württemberg. Die mit Steuergeldern finanzierte Ideologie „Postkolonialismus“ soll das Schuldgefühl der heutigen Bürger Deutschlands für die vermeintlich verfehlete Kolonialpolitik stärken.

Weitere Projekte, die gefördert worden sind: „Förderung der Friedenskultur und beruflichen Initiativen der Jugend in Burundi“, „Solarenergieprojekte in Ecuador“, der „Afrika-Tag der Naturfreunde Baden-Württemberg mit vorbereitendem Workshop“, „Stärkung der Rechte

Die AfD-Fraktion lehnt ein Landesentwicklungshilfeministerium ab – auch wenn es auf drei oder mehr Ministerien verteilt ist. Es ist nicht Aufgabe der Landesregierung, mit den Steuergeldern der Bürger die Welt zu retten.

Impressum: V.i.S.d.P.: Dr. Thomas Hartung, AfD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg, Konrad-Adenauer-Straße 3, 70173 Stuttgart. Alle hier bereitgestellten redaktionellen Texte und Fotos dienen lediglich zu Informationszwecken und der freien Meinungsbildung über das aktuelle Zeitgeschehen. Weitergabe ausdrücklich erwünscht. Eine Rechtsberatung findet nicht statt. Redaktionsschluss 07/2021 Die Redaktion erreichen Sie unter presse@afd.landtag-bw.de



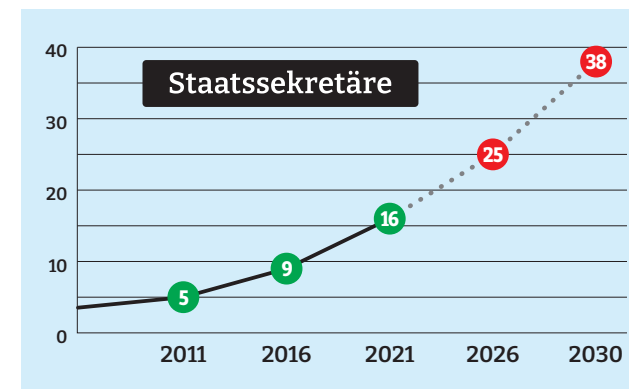
www.afd-fraktion-bw.de
www.facebook.com/AfDFraktionBW



BWJournal

Mehr Staatssekretäre verschwenden Steuergelder und gefährden Demokratie

Die Neubildung der Landesregierung kostet den Steuerzahler knapp 9 Millionen Euro Personalkosten pro Jahr. Das sind 200 Jahres-Brutto-Gehälter eines baden-württembergische Bürgers im Median.



Die Kosten für die Beamtenpensionen sind hierbei nicht einberechnet und werden das Land dauerhaft belasten. Die grün-schwarze Landesregierung schafft ein gesamtes neues Juniorministerium mit 36 neuen Stellen für „Landesentwicklung und Wohnen“ – eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für CDU-Parteimitglieder.

Die Regierung Kretschmann III umfasst in Zukunft 11 Minister, 14 politische Staatssekretäre und zwei beamtete Staatssekretäre. Zum Ende der 15. Legislaturperiode 2016 umfasste die Regierung 10 Minister, vier politische Staatssekretäre und einen beamteten Staatssekretär. Der Ministerpräsident bezeichnet die zusätzlichen Staatssekretäre als „Investitionen in die Demokratie“. Die erste gesamt-baden-württembergische Landesregierung unseres Landes unter Ministerpräsident Reinhold Maier kam noch mit nur 8 Ministern und zwei Staatssekretären aus. Jeder zusätzliche Staatssekretär verdient rund 150.000 Euro pro Jahr.

Hinzu kommen die Kosten einer Fahrerlimousine, persönliche Mitarbeiter und Weiteres.

Neun der Staatssekretäre und neun der Minister sind auch gleichzeitig Landtagsabgeordnete. Die Hauptaufgabe des Landtages ist die Kontrolle der Landesregierung, die die Belange unseres Landes steuert. Wenn aber 18 Regierungsmitglieder auch in den Fraktionen sitzen, entsteht ein Problem in der Gewaltenteilung. Der Einfluss der Landesregierung in den Fraktionen steigt und die Kontrollfunktion des Landtages wird beeinträchtigt.

Die AfD-Fraktion ist die einzige Fraktion, die diese Steuergeldverschwendung konsequent ablehnt. Wir fordern einen Personalabbau in der Landesverwaltung mit einem Stellenabbauplan.

Die AfD als einzige Opposition auch gegen mehr Beamte im Landtag

Nicht nur aus der AfD kommt Kritik an dem Mehr an Regierungsbeamten. Auch die SPD und die FDP, die dem Namen nach ebenfalls auf der Oppositionsbank sitzen, stimmen gegen mehr Regierungsbeamte. Doch alle Fraktionen außer der AfD stimmen für mehr Fraktionsmitarbeiter im Landtag. Im Rahmen der Haushaltsdebatte beantragten alle Fraktionen außer der AfD-Fraktion 31,5 zusätzliche Beamtenstellen und 9,5 zusätzliche Angestellte für den Landtag.

Dieser unverhältnismäßige Aufwuchs ist besonders fragwürdig, da die Fraktionen sich schon im Doppelhaushalt 2020/21 ein Mehr an Fraktionsberatern in Höhe von 14,5 Prozent selber genehmigt hatten. Diese nochmalige Erhöhung im Nachtragshaushalt, der unter den besonderen Sparzwängen der Coronakrise stehen sollte, führt dann binnen nur zwei Jahren zu einer Steigerung der Anzahl der Fraktionsberater von fast 50 Prozent. Das ist ein ordentlicher Schluck aus der Pulle und wird von der AfD-Fraktion abgelehnt. Die Opposition kann nicht von der Regierung weniger Stellen fordern und diese bei sich selber dann schaffen. Die Raupe Nimmersatt ist grün, schwarz, rot und gelb mit Magenta-Farbtupfern.

Grüne Bauprojekte, die den Bürger alles kosten

Die Grünen haben in ihrer Regierungszeit seit 2011 mehrere Prestigeprojekte begonnen, die alle Budgets geknackt haben.

Das Gefängnis in Rottweil ist solch ein Projekt. Nachdem bereits die geplanten Kosten von 120 Millionen auf 200 Millionen gestiegen sind, wurde inzwischen die Zusammenarbeit mit dem Architekturbüro gekündigt. Das wird das Projekt „grünes Gefängnis Rottweil“ auf Jahre zurückwerfen und voraussichtlich im zweistelligen Millionenbereich Mehrkosten verursachen.

Baden-Württemberg leidet unter weiteren grünen Prachtbauten, die häufig Wucher-Projekte werden. Das Besucherzentrum des Nationalparks Hochschwarzwald kostete mehr als 50 Millionen statt 25 Millionen. Die Universitätsbibliothek Freiburg kostete 53 statt 32 Millionen Euro – bis heute streiten sich das Land und andere Beteiligte vor Gericht: Unter anderem, weil Teile abfallen und Passanten verletzen oder töten könnten. Bei all diesen Projekten stand Ideologie und angeblich ökologische Schwerpunkte im Vordergrund. Dieses Schicksal ist auch für die JVA Rottweil besiegelt. Die AfD-Fraktion stellt ein sparsames und dauerhaftes Bauen in den Vordergrund. Nicht jeder teure Ökotrend gehört in jedes Gebäude.



Neue Schulden

Finanzpolster unter Corona-Vorwand zur Tarnung der zukünftigen Schulden

Die Europäische Zentralbank hält die Zinsen niedrig, damit die Staatsverschuldung die Mitglieder, wie z.B. Italien, nicht in den Bankrott treibt. Zentrale Aufgabe der EU-Politik wurde die finanzielle Handlungsfähigkeit aller EU-Staaten zu erhalten, um selbst während Krisen mit völlig überdimensionierten „Hilfsprogrammen“ Wirtschaft und Gesellschaft zu stützen. Der derart einfache Zugang zu viel Geld per Kredit führt aber leider jede Regierung schnell in die Versuchung, die Schulden nicht nur für sofort benötigte Hilfsmaßnahmen zu nutzen.

Der Bürger unterdessen muss wegen der niedrigen Zinsen seit Jahren massive Wertverluste seiner Lebensversicherungen und Spareinlagen verkraften, was besonders die deutschen Sparer massiv trifft.

Letztes Jahr genehmigte sich die Landesregierung für den Staatshaushalt 2021/22 mit zwei Tranchen Kreditschöpfungsrechte über 13,5 Milliarden Euro. Mit dem nun dritten Nachtragsetat werden fast 15 Milliarden Euro daraus. Die Verschuldung des Landes steigt damit von 45 auf 60 Milliarden Euro.

Die Landesregierung nutzt „Corona“, um per Ausnahmeregel „Naturkatastrophe“ die Schuldenbremse zu umgehen und sich ein Finanzpolster für die Zukunft zu verschaffen.

Wir fordern, dass die Landesregierung den Überschuss von drei Milliarden Euro aus dem Jahr 2020 nutzt, bevor sie Schulden auf dem Rücken unserer Kinder aufnimmt.

Deswegen arbeitet die AfD-Fraktion nicht nur im Parlament gegen diese Schulden, sondern klagt vor dem Verfassungsgerichtshof Baden-Württemberg gegen diesen Haushalt. Wir wissen, dass der Landesrechnungshof, der oberste Hüter des Landshaushalts, auch auf unserer Seite ist.